# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Nachdruckschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1558. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 107. Freitag, 10. Mai 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer der Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Unerfüllter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Sonntag an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Reichsminister Dr. Stresemann zu den sächsischen Wahlen.

**Reichsaußenminister Dr. Stresemann schreibt über die sächsischen Wahlen:**

**Es ist für mich gar kein Zweifel, daß die Entwicklung in Sachsen unheilvoll ist, wenn es nicht gelingt, die Führung und Mitwirkung der bürgerlichen Schichten in der nächsten sächsischen Regierung sicherzustellen. Wenn sich in Sachsen der größte Teil der bürgerlichen Parteien im Sinne eines burgfriedlichen Wahlkampfes zusammengetan hat, so kann man das begrüßen, auch wenn die Verschiedenheit in der Auffassung der großen grundsätzlichen Fragen in der Reichspolitik nicht dauernd gebannt werden kann und auch nicht gebannt zu werden braucht. Sei man sich klar darüber in bürgerlichen Kreisen, daß es eine Herrschaft von Schichten nicht mehr geben kann, sondern nur die Herrschaft einer gesunden Auffassung, die so wenig einseitig den Arbeitgeberstandpunkt wie den einseitiger Arbeitnehmerinteressen vertritt. Jede Partei muß ein volles Verständnis haben für den Kampf, den Arbeiterschaft und Angestellte für ihre berechtigten Interessen führen. Jede bürgerliche Partei muß für die Hilfe, die diese so wichtigen Kreise erwarten, in den Tagen der Not, der Krankheit und des Alters ebenso freudig eintreten wie irgendeine sozialistische Partei. Die Idee, um deren Sieg es sich handelt, kämpft für die Erhaltung der Staatsautorität, die Erhaltung der Wirtschaft aber ebenso auch für die berechtigten Interessen aller derjenigen, die mit ihr verbunden sind, und für die Zurückweisung jeder rein kapitalistischen Eigeninteressen. Wie stark wir zu kämpfen haben gegen unterirdische Bewegungen, die dem oberflächlichen Beschauer nicht leicht zur Kenntnis kommen, zeigen die letzten Tage in der Reichshauptstadt. Das Bürgertum hat schon manche Schlacht dadurch verloren, daß es nicht zu sehen war, wenn es sich um die Entscheidung handelte. Möge Sachsen ein besseres Beispiel geben!**

## Sachsens Wirtschaftsstände zur Landtagswahl.

Die Landtagswahlen vom 12. Mai entscheiden über das **Schicksal des sächsischen Volkes und der sächsischen Wirtschaft.** Eine Verwirklichung der vom Linksradikalismus erstrebten Ziele würde wie frühere Beispiele in Sachsen gezeigt haben, nicht nur zu einer Erschütterung des staatlichen, sondern auch des Wirtschaftslebens führen. Der schwere Kampf, den mit der deutschen auch die sächsische Wirtschaft um den Wiederaufbau, insbesondere die Herbeiführung günstiger Existenz- und Lebensbedingungen führt, bedingt Stabilität der politischen Verhältnisse als Voraussetzung auch für die ruhige und gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Das sächsische Volk kann es sich in Zeiten, wo seine Wirtschaft in schwerem Kampf um ihre Existenz, um die Erhaltung ihrer Produktionskraft u. Absatzmöglichkeiten steht, nicht leisten, durch ein Wahlergebnis, welches den Linksradikalismus stärkt und die Gefahr **wirtschaftsfeindlicher** Experimente in sich birgt, die bisher mühsam erarbeiteten Ansätze des Wiederaufbaues aufs Spiel zu setzen.

### Nur eine starke Wahlbeteiligung kann dies verhindern!

Bei der letzten Landtagswahl haben etwa 30 Prozent der Wähler von ihrem höchsten staatsbürgerlichen Recht keinen Gebrauch gemacht. Die Notwendigkeit, die Wiederholung eines so bedauerlichen Vorganges zu vermeiden, muß das Bürgertum dazu führen, **seine Wahlpflicht geschlossen zu erfüllen** und damit für die Stetigkeit der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung in Sachsen die politische Voraussetzung zu schaffen.

Die unterzeichneten zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen wirtschaftlichen Spitzenverbände richten deshalb über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus an alle Teile des sächsischen Volkes, die mit einem guten Gedeihen seiner Wirtschaft verbunden sind, die dringende Aufforderung, **am 12. Mai durch ihre Stimmabgabe die staatsbürgerliche Front zu stärken** und dadurch die bisherigen Ergebnisse des Wiederaufbaues und seine Fortsetzung sichern zu helfen.

**Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft**
**Landesausschuß des Sächsischen Handwerks**
**Landesausschuß des Sächsischen Kleinhandels**
**Landesgruppe Sachsen im Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels**
**Sächsische Einzelhandelsgemeinschaft**
**Sächsischer Landbund**
**Verband Sächsischer Industrieller.**

## Ländertonferenz über Antifront-Verbot.

Berlin. (Funkspruch.) Unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Severing ist heute vormittag um 10 Uhr im Reichsministerium des Innern eine Konferenz der Ländervertreter zusammengetreten. Auf dieser Konferenz steht unter anderem die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes und der ihm angegliederten Organisationen zur Diskussion. Es fand ferner eine allgemeine Aussprache der Innenminister der deutschen Länder über die politische Lage statt. Es wurde Einmütigkeit über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt.

# Die Frage der Verteilung der Reparationssummen.

## England lehnt die Vorschläge Owen Youngs ab.

)( Paris. Ueber die Verteilung der Summen, die der vom Vorsitzenden der Reparationskonferenz **Owen de Young** ausgearbeitete **Kompromißvorschlag** vorsieht, will die **Agentur Havas**, auf Grund der ihr gewordenen Auskünfte folgendes berichten können:

**Es sollen erhalten: England Deckung der Schulden gemäß dem in der Balfournote auseinandergesetzten Standpunkt; Belgien Deckung der Schulden plus Reparationsbetrag von ungefähr 1 Milliarde 150 Millionen Goldmark; Frankreich Deckung der Schulden plus Reparationsbetrag von etwas mehr als 7 Milliarden Goldmark; Italien Deckung der Schulden plus Reparationsbetrag, der etwas geringer ist als eine Milliarde Goldmark. Dieser Berechnung ist der gegenwärtige Kapitalwert zugrunde gelegt.**

**In dem Memorandum der Alliierten wird nach Havas folgende Verteilung vorgeschlagen: England Deckung der Schulden plus eine Milliarde Goldmark, die für die Deckung der englischen Verpflichtungen bei den Dominions bestimmt sind; Belgien Deckung der Schulden plus Reparationsbetrag von zwei Milliarden Goldmark; Frankreich Deckung der Schulden plus Reparationsbetrag von acht Milliarden Goldmark; Italien Deckung der Schulden plus Reparationsbetrag von 1 Milliarde 500 Millionen Goldmark.**

**In beiden Plänen sind dem Havasbericht zufolge die kleinen Mächte mit einem Prozentsatz bedacht, auf den sie berechtigten Anspruch hätten.**

*

### Erklärungen Churchills zur Reparationsfrage.

)( London. Auf die Frage, **ob sich die Zuständigkeit des Reparationssachverständigenausschusses auch auf Abänderungen im Verteilungsschema von Spa erstreckt, und ob die Regierung ihre Vertreter im Ausschuß über ihre Ansichten in dieser Frage unterrichtet habe,** erklärte in der heutigen Unterhaussitzung **Churchill:**

Der Sachverständigenausschuß, der gegenwärtig in Paris tagt, setzt sich aus unabhängigen Vertretern der verschiedenen beteiligten Länder zusammen. Ich habe mich natürlich während der ausgedehnten Verhandlungen in Fühlung mit den britischen Delegationsmitgliedern gehalten, und ich habe einen großen Eindruck von ihrer Auffassungsgabe und ihrem Verständnis für die ganze Lage erhalten. **Wir haben jedoch niemals bestimmte Instruktionen an diese Herren geschickt, und wir wollen das auch bei dieser Gelegenheit nicht tun.** Dem Sachverständigenausschuß muß es überlassen bleiben, seine Beschlüsse selbst zu fassen. Diese Beschlüsse — gleichgültig, ob man ihnen zustimmt oder nicht — binden in keiner Weise die Regierung, die vollständig frei bleibt und ihre eigenen Entschließungen über die Arbeiten und die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses fassen wird. Es ist daher auch klar, daß keine Notwendigkeit besteht und daß es in gleicher Weise verfrüht und untunlich für die Regierung sein würde, über Einzelheiten sich auszusprechen, wie groß auch immer ihre Bedeutung sein mag. Um jedoch Mißverständnisse im Ausland und Beunruhigungen im Inland zu vermeiden, ist es vielleicht wünschenswert, daß ich erkläre, **daß jene Art von Vorschlägen, die gestern in der Presse angedeutet wurden, nach unserer Meinung unannehmbar sind, und daß die Regierung sie sich unter keinen Umständen zu eigen machen wird.** (Beifall.)

**Wedgwood** richtete darauf an den Schatzkanzler die Frage, ob er seine Anfrage so, wie er sie gestellt hatte, nicht beantworten wolle, **ob sich nämlich die Zuständigkeit des Reparations-Sachverständigen-Ausschusses auch auf das Verteilungsschema von Spa erstrecke.** Das Unterhaus erinnere sich wohl, daß, als man die Bestimmungen hierüber dem Hause mitteilte, eine Abänderung der Geldbeträge nicht einbegriffen war. Nach französischer Abschätzung, so fuhr Wedgwood fort, würde die Abänderung des Verteilungsschemas Großbritannien einen Kapitalwert von hundert Millionen Pfund Sterling kosten. Ich entnehme der Antwort Churchills, daß hunderte Millionen Pfund Sterling mehr sind, als wir ertragen werden. Gewährleistet die Regierung aber, daß Großbritannien durch den Sachverständigenbericht jetzt nicht gebunden wird? Verschiedene konservative Abgeordnete rufen hier: „Der Schatzkanzler hat das ja eben erklärt!" Wedgwood fragte weiter: Werden wir nicht zu irgendeinem Geschenk verpflichtet werden, das von England den französischen Steuerzahlern oder der französischen Regierung gemacht wird, auch wenn es sich um eine geringere Summe handelt als hundert Millionen Pfund Sterling?

**Churchill** erklärte hierauf: **Ich habe im Unterhause die Antwort zu dieser Frage verlesen. Diese Antwort ist sehr sorgfältig und gewissenhaft beraten worden. Es ist, wie ich meine, eine Antwort von einiger Bedeutung, und ich wünsche, in keiner Weise etwas hinzuzufügen.**

Nunmehr griff der Sprecher ein und erklärte: Ich glaube, es ist besser, diese Angelegenheit nicht weiter zu behandeln.

Hierauf erhob sich der **Arbeiterparteiler Ben Smith,** der ebenfalls eine Anfrage stellen wollte, jedoch vom Sprecher unterbrochen wurde, bevor er seine Anfrage formuliert hatte. Der Sprecher erklärte, er sei davon verständigt worden, daß der Schatzkanzler nicht vorbereitet sei, weitere Erklärungen abzugeben.

* *

### Der Kampf um Youngs Verteilungsschlüssel.

* Paris. (Telunion.) Die **alliierten Sachverständigen haben am Vormittag des Himmelfahrtstages ihre Besprechungen fortgesetzt,** die der Beilegung der durch den Verteilungsplan entstandenen Schwierigkeiten gegolten haben dürften. Der Nachmittag wurde allgemein zur Erholung verwendet.

In der **französischen Presse** nimmt der Meinungskampf über die Berechtigung Youngs, den Verteilungsschlüssel von Spa zu ändern, seinen Fortgang. Der **„Temps"** warnt davor, den Streit zuweit zu treiben und die durch die Ablehnung Englands, Belgiens und Italiens geschaffene neue Lage in die Oeffentlichkeit hinauszutragen. Die Meinungsverschiedenheit müsse im Schoß der Sachverständigen gelöst werden. Die Hauptsache sei zu wissen, ob der von Dr. Schacht grundsätzlich angenommene Vorschlag Youngs eine brauchbare Verhandlungsgrundlage biete und eine endgültige Regelung der Kriegsschuldenfrage ermögliche. Es müßten natürlich die gerechten Ansprüche aller Parteien beachtet und miteinander in Einklang gebracht werden. Unter diesen Umständen wäre es der schwerste Fehler den Deutschen Gelegenheit zu einem neuen Manöver zu bieten, um die Einheitsfront der Gläubiger zu gefährden.

*

### Eine französische Stimme zur Reparationskonferenz.

)( Paris. Zu den Arbeiten der Reparationskonferenz schreibt die Agence Economique et financière, **die Geschäftswelt wünsche, daß die Arbeiten endlich zu Ende gingen, gleichviel mit welchem Ergebnis.** Damit die Geschäftstätigkeit wieder ihren normalen Verlauf nehmen könnte, müsse die Nervosität verschwinden, die in den Geschäftszentren des europäischen Festlandes entstanden sei auf Grund von Schritten Dr. Schachts, von Interventionen Owen Youngs und auf Grund der Interpretierungen der Handlungen und Gesten der verschiedenen Delegationen. Frankreich befinde sich glücklicherweise in einer in jeder Hinsicht zufriedenstellender Lage. Finanziell gesehen stehe es fest und könne auch durchhalten, wenn es sich an die strikte Durchführung des Dawesplanes halte. Moralisch habe Frankreich deutlich seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, zum Siege dadurch zu gelangen, daß es das Höchstmaß der Zugeständnisse gewährte. Die deutsche Wirtschaft würde den Rückschlag einer Meinungsverschiedenheit erdulden. Deutschland habe sich schon bei seinen ersten Vorschlägen darüber klar sein müssen, daß die Wirkungen eines Mißerfolges sich in Deutschland sehr fühlbar machen würden.

*

### Versöhnungsverhandlungen zwischen den Alliierten.

* Paris. (Telunion.) Obwohl man in Paris in der Ablehnung des Youngschen Verteilungsplanes durch England eine Offensive gegen die Sachverständigenkonferenz sieht, **überwiegt hier die Auffassung, daß die eingeleiteten Versöhnungsverhandlungen einen ungestörten Verlauf der Sachverständigenberatungen ermöglichen werden.** Neben Owen Young soll sich besonders auch **Moreau** und **Pirelli** bemühen, den Meinungsstreit über die Aufteilung der deutschen Zahlungen zu schlichten. Die **„Chicago Tribune"** hebt, anscheinend auf Wunsch der amerikanischen Sachverständigen hervor, daß der Youngsche Verteilungsplan nur ein Vorschlag sei, der nicht unbedingt angenommen werden müsse. Den Konferenzteilnehmern stehe es frei, zu allen ihnen nicht genehmen Punkten Einwendungen zu erheben. Bei Ueberreichung seiner Denkschrift habe Young die alliierten Abordnungen aufgefordert, einen eigenen Verteilungsplan vorzulegen.

## Die Erfahrungen in der Arbeitslosenversicherung.

)( Berlin. Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich in den letzten Wochen eingehend mit den Erfahrungen und Schwierigkeiten beschäftigt, die sich im letzten Winter bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung ergeben haben. **Als Ergebnis dieser Beratungen ist den Arbeitsämtern ein zusammenfassender Erlaß zugegangen, der eine Verbesserung und Vereinheitlichung der Verwaltungspraxis sichern und eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung verhüten soll.**